

Notlagen-Regelung ohne Zustimmung

DIAKONIE Kommission lehnt Lösung in Oldenburg ab – Gefahr für Arbeitsplätze

OLDENBURG/HANNOVER/EPD – Um die sogenannte Notlagen-Regelung für die sieben in wirtschaftliche Not geratenen Altenheime der Oldenburger Diakonie ist ein Streit ausgebrochen.

Die Arbeitnehmervertreter der paritätisch besetzten Arbeitsrechtlichen Kommission für Niedersachsen (ARK) hätten der Notlagenregelung „überraschend und nicht nachvollziehbar“ die notwendige Zustimmung verweigert, berichtete am Freitag der kaufmännische Vorstand der Oldenburger Diakonie, Joachim von der Osten. Dem widersprach der Vorsitzende der Arbeitnehmer in der ARK, Manfred Freyermuth aus Gifhorn. Er warf von der Osten vor, die Altenheime auf den Rücken der Beschäftigten sanieren zu wollen.

Von der Osten zufolge haben die Heime im vergangenen Jahr einen Verlust von

rund einer Million Euro erwirtschaftet. Um sie sanieren zu können, habe die Diakonie mit den Mitarbeitervertretern der rund 600 Beschäftigten einen freiwilligen und befristeten Lohnverzicht ausgehandelt. Insgesamt gehe es dabei in diesem Jahr um rund 553 000 Euro und in 2010 nochmals um rund 750 000 Euro. Ohne diese Notlagen-Regelung seien „zwangsläufig Arbeitsplätze in Gefahr“.

Von der Osten kündigte Gespräche mit den Beschäftigten an, um doch noch die vereinbarten Lohnkürzungen zu erreichen. Für jedes der sieben Häuser gebe es ein Konzept, dass die Heime bis 2011 wieder wirtschaftlich konkurrenzfähig mache.

Freyermuth warf der Oldenburger Diakonie dagegen vor, die Häuser „systematisch wirtschaftlich schlecht darzustellen, um das Weihnachtsgeld abschaffen zu können“.